

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch

14. April 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

12 523 939 Eintragungen.

Das endgültige Ergebnis des Volksbegehrens. — Belanglose deutschnationale Einsprüche.

Heute Vormittag trat der Reichswahlprüfungsausschuss im Büchereisaal des Reichspräsidenten zusammen, um die Ergebnisse für die Eintragungen für das Volksbegehren festzustellen. Der Vorsitzende, Geheimrat Meisinger, teilte mit, daß seinerzeit die amtlichen vorläufigen Feststellungen 12 512 000 Stimmen ergeben hätten.

Bei der endgültigen Feststellung seien 12 523 939 Stimmen

errechnet worden. Es seien mehrere Einsprüche der Deutschnationalen Volkspartei gegen das Volksbegehren abgegeben worden. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, Einsprüche dem Reichsminister des Innern zu überweisen.

Im einzelnen beträgt die Zahl der gültigen Eintragungen in Preußen 7 553 631, in Bayern 751 734, in Sachsen 1 541 066, in Württemberg 467 835, in Baden 500 238, in Thüringen 422 680, in Hessen 325 608, in Hamburg 395 836, in Mecklenburg-Schweden 104 987, in Braunschweig 112 015, in Oldenburg 88 912, in Vorpommern 89 024, in Bremen 92 544, in Lippe 36 250, in Lüneburg 41 615, in Mecklenburg-Strelitz 14 558, in Waldeck 4905, in Schaumburg-Lippe 10 500, insgesamt 12 523 939 gültige Eintragungen.

Die Gesamtzahl der für die Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialisten und Kommunisten bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen betrug 10 688 969. Die Zahl der ortsanfertigen Stimmberechtigten für die Reichspräsidentenwahl (zweiter Wahlgang) am 26. April 1925 betrug 39 421 617.

Die Zahl der gültigen Eintragungen machte im ganzen Reich 11,2 Proz. der Gesamtzahl der für die Liste am

7. Dezember 1924 abgegebenen Stimmen und 31,8 Prozent der Zahl der Wahlberechtigten bei der Reichspräsidentenwahl aus.

Lustprojekte.

Hugenbergs Fürstenschickung.

Der Hugenbergsche „Lag“ veröffentlicht einen sauberen Vorschlag, wie der Reichstag trotz Volksentscheid den Fürsten Vermögenswerte zuschieben soll.

Zunächst soll das Fürstentumspromiss, nach deutschnationalen Wünschen verändert, schleunigst angenommen und sofort durchgeführt werden. Das heißt, möglichst noch vor dem Volksentscheid sollen den Fürsten Vermögenswerte zugesprochen und überliefert werden.

Wird der Volksentscheid angenommen, so soll der Reichstag mit einfacher Mehrheit das Volksentscheidsgesetz sofort wieder aufheben.

Dies Schiebungsprojekt ist so lustig, daß man es nicht ernst nehmen kann. Sollte der Reichstag das Volksentscheidsgesetz gegen den Willen des Volkes wieder aufheben, so hätte es die Sozialdemokratie in der Hand, in kürzester Frist die Auflösung des Reichstags und Neuwahlen zu erzwingen unter der Parole: Der Reichstag gegen das Volk. Der Ausgang wäre nicht zweifelhaft und für eine Reichstagsmehrheit nach dem Wunsche Hugenbergs zerschmetternd.

Rein, diese Art des Spiels mit der Diktatur gegen das Volk ist nicht ernst zu nehmen.

Eine neue Aktennotiz.

Was die Arbeitgebervereinigung berichtet.

Nach Abschluß der Londoner Konferenz über die Möglichkeit einer gemeinsamen Ratifikation des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag durch Belgien, Deutschland, Frankreich und Großbritannien — Italien hat bekanntlich unter dem Vorbehalt der Ratifizierung der anderen Hauptindustriestaaten Europas bereits ratifiziert — hat der Reichsarbeitsminister Vertreter der Gewerkschaften und der Unternehmer empfangen, um sie über den Verlauf der Konferenz zu unterrichten. Die Ergebnisse von London sind im amtlichen Teil des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht, wo auch der Oberregierungsrat Rüttig vom Reichsarbeitsministerium, ein Teilnehmer dieser Konferenz, ihre Bedeutung erläutert.

Nun aber erzählt auch die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände ein geheimes Rundschreiben, das sich gestützt auf eine Aussprache im Reichsarbeitsministerium, mit den Konferenzergebnissen beschäftigt. In diesem Rundschreiben heißt es:

Jegliche Beschlüsse über die Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens selbst sind in London nicht gefaßt worden, da man lediglich über die Auslegung des Abkommens verhandelte. In der Ratifikationsfrage selbst sind also die einzelnen an der Londoner Konferenz beteiligten Staaten nach wie vor völlig frei. Die Ergebnisse der Konferenz haben auf diesen Kreis der grundsätzlichen Entscheidungen keinen Einfluß.

Demgegenüber heißt es in der amtlichen Veröffentlichung des Reichsarbeitsblattes, daß Großbritannien die Einladung ergeben ließ, weil es den sehnlichen Wunsch hatte, eines der in Teil XIII des Friedensvertrages aufgestellten Hauptziele zu erreichen und in Verbindung damit die Schwierigkeiten, welche bisher die Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens verhindert hatten, einer Prüfung zu unterziehen. Es heißt weiter, daß die beteiligten Mächte von den gleichen Beweggründen befeuert waren. Also doch wohl auch Deutschland! Im Gegensatz zu der Behauptung im Rundschreiben der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, daß die Ergebnisse der Konferenz auf die Ratifikationsfrage keinen Einfluß hätten, erklärt Oberregierungsrat Rüttig in seinem Artikel im Reichsarbeitsblatt zum Schluß:

„Sollten die Ergebnisse der Konferenz von London zur Ratifizierung des Washingtoner Übereinkommens führen, so wäre damit ein wichtiger Fortschritt auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik getan.“

Wir nehmen also an, daß die Unternehmerweisheit eigenes Fabrikat ist. Nach den letzten Erklärungen des Reichsarbeitsministeriums sollen die Ergebnisse der Londoner Arbeitszeitkonferenz in dem geplanten Gesetzesentwurf über ein einheitliches Arbeitsschutzgesetz hineingearbeitet und der Entwurf alsdann veröffentlicht werden. Das kann doch nur den Sinn haben, daß die Regierung bereit ist, zu ratifizieren.

Die Londoner Konferenz hat bei Artikel V zu dem Ergebnis geführt, daß diese Bestimmungen auf das Baugewerbe angewendet werden können. Wir halten das für eine unzulässige Auslegung. Der Artikel V befaßt sich mit den Vereinbarungen zwischen Arbeiter- und Arbeitgeberverbänden die tägliche Arbeitszeit auf der Grundlage eines für einen längeren Zeitraum aufgestellten Arbeitsplanes geregelt werden kann, wenn sich die Bestimmungen über die Arbeitszeit von acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich ausnahmsweise als undurchführbar erweisen. Nur in diesem Falle ist eine solche Abweichung möglich, wobei die durchschnittliche Arbeitszeit, berechnet nach der Zahl der im Plan festgesetzten Wochen, unter keinen Umständen 48 Stunden wöchentlich überschreiten darf. Außerdem muß die Regierung, der solche Vereinbarungen vorzulegen sind, diesen die Kraft von Verordnungen geben.

In ihrem Rundschreiben behauptet die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Artikel V:

„Wie uns im Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, läßt der Artikel V selbstverständlich die Möglichkeit zu, auch auf andere Industrien als das Baugewerbe in dem entsprechenden Sinne angewandt zu werden.“

Diese allgemeine Behauptung bedarf um so mehr einer ausreichenden Klarstellung, da, wie bereits betont, die Einbeziehung des Baugewerbes schon eine unzulässige Auslegung ist.

Zur Frage der Arbeitsbereitschaft im Sinne des Artikels VI erklärt das Rundschreiben der Arbeitgeberverbände:

„Welche Arten von Arbeitnehmern und Arbeitsverhältnissen im einzelnen unter die Begriffsabgrenzung des Londoner Konferenzergebnisses fallen, ist nach den uns im Reichsarbeitsministerium zuteil gemachten Mitteilungen im übrigen Auslegungssache im einzelnen Falle. Dies gilt auch besonders gegenüber der Frage, inwiefern die Beschäftigungsverhältnisse der Maschinenisten, Heizer usw., insbesondere die Bedienung automatischer oder halbautomatischer Kesselanlagen und dergleichen unter diesen Begriff fallen können.“

Diese Darstellung der Arbeitgebervereinigung läuft unter Berufung auf das Reichsarbeitsministerium darauf hinaus, den Einleitungssatz zu Artikel VI der Londoner Konferenzergebnisse, monach der Ausdruck Arbeitsbereitschaft nicht zu weit ausgelegt werden darf, in sein Gegenteil zu verkehren. Eine solche Auslegung ist auch unvereinbar mit

Deutschland in der Studienkommission.

Vertreter Ministerialdirektor Gaud.

Reichsaußenminister Stresemann kehrt Ende dieser Woche von seinem Osterurlaub aus Locarno nach Berlin zurück. Inzwischen dürften dem Auswärtigen Amt auf die Einladung zur Teilnahme an der Studienkommission ein bejahendes Antwortschreiben nach Genf abgehen. Die Rückfragen bei den Regierungen der alliierten Länder haben ergeben, daß der grundsätzliche Beschluß des Reichskabinetts, sich an der Studienkommission zu beteiligen, berechtigt war und aufrechterhalten werden kann. Als Vertreter der Reichsregierung ist Ministerialdirektor Gaud in Aussicht genommen, der bereits in Locarno und Genf als juristischer Beirat der deutschen Delegation angehört.

Indessen dürfte Deutschland auch einen politischen Vertreter in die Kommission entsenden, falls sich die Nachricht bestätigt, daß Englands Vertreter Lord Robert Cecil und Frankreichs Vertreter Abg. Paul Boncour sein werden, die zwar auch Juristen, aber in erster Linie Politiker sind infolgedessen die zur Diskussion stehenden Reorganisationsfragen des Völkerbundesrats vorwiegend vom politischen Standpunkt aus behandelt werden, was vielleicht kein Vorteil sein wird, aber eine Tatsache, auf die man sich auch in Deutschland wird einstellen müssen.

Locarno und Rapallo.

Aufassung beider Verpflichtungen Deutschlands.

London, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Die „Times“ melden, daß zwischen dem Deutschen Reich und Moskau Verhandlungen stattfinden über den Abschluß eines Vertrages, durch den die Verträge von Rapallo und Locarno in Einklang gebracht werden sollen.

Auf Anfrage an zuständiger Stelle in Berlin wird bestätigt, daß fortgeschrittene Verhandlungen in diesem Sinne seit längerer Zeit gepflogen werden, ohne daß jedoch schon feststeht, wann sie zu einem endgültigen Abschluß führen.

Russischer Protest gegen Boncour's Warschauer Rede.

Dem „Soz. Pressedienst“ zufolge wird aus Moskau gemeldet, daß die Sowjetregierung ihren Pariser Gesandten beauftragt hat, bei dem französischen Außenminister gegen die Tätigkeit Paul Boncour's in Polen, insbesondere gegen dessen letzte Warschauer Rede zu protestieren. In dieser Rede sprach sich Boncour nicht nur für den polnischen Ratsch aus, sondern feierte auch den polnischen Soldaten, der nach Osten (Rußland) hin eine große kulturelle Aufgabe zu vertreten habe.

Durcheinander in Prag.

Dauerkrise und kein Ausweg. — Zölle und Wahlrecht.

Die tschechische Beamtenregierung hat die Schwierigkeiten der früheren Koalitionsregierung nicht zu überwinden vermocht. Die Agrarier machen auch ihr gegenüber ihr Verhalten davon abhängig, ob sie die festen Zölle an Stelle der gleitenden durchsetzen wird. Die tschechischen Sozialdemokraten wenden sich sehr scharf gegen diese Forderung und erklären zugleich, in der Frage der Beamtengehälter ihre Stellungnahme von der der Gewerkschaften abhängig zu machen. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften verhandeln seit einigen Tagen mit der Regierung; doch ist bisher noch nicht die geringste Annähe-

rung zustande gekommen. Auch die tschechischen Nationalsozialisten treten sehr scharf gegen die Regierung auf, und ihr Führer Ströber möchte mit einer parlamentarischen Minderheitsregierung gern einen tschechischen Versuch unternehmen. Die tschechischen Sozialdemokraten lehnen aber jede Diskussion über eine Minderheitsregierung ab. Da auch die deutschen Ministerien der Beamtenregierung ziemlich unfreundlich gegenüberstehen, dürfte die Einberufung des Parlaments bis in den Mai hinausgeschoben werden. Nur der Senat soll Ende dieses Monats eine kurze Tagung abhalten, um einige befristete Vorlagen zu erledigen. Wie da ein Ausweg gefunden werden soll, ist nicht abzusehen. Auch der von Ströber vorgeschlagene Ausweg einer Wahlreform auf Kosten der nationalen Minderheiten, durch die in deutschen Bezirken eine dreimal so große Wahlzahl eingeführt werden soll wie in den tschechischen, wird von den tschechischen Sozialdemokraten auf das schärfste bekämpft.

Wupeifu-Truppen in Peking.

Verständigung mit der Nationalarmee.

Wie aus Peking berichtet wird, ist einer der Generale Wupeifu, Lienweichin, mit seinen Truppen in das Militärlager von Nanpuan bei Peking eingerückt, größere Detachements sind ferner in der Vorstadt Promatshang eingetroffen. Mit der Nationalarmee unter ihren Führern soll eine völlige Verständigung erzielt sein. Die Kämpfe an den anderen Fronten dauern fort. Die „nationalen“ Streitkräfte haben die Truppen des Generals Lischinglin, eines Anhängers Tschangtschins, über Fengtai hinaus zurückgetrieben. Bei Lungtschau wurden einige Kußtenstreitkräfte ebenfalls zurückgeworfen.

Der Feme-Ausschuß.

Fortsetzung der Plädoyers.

Der Femeord-Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags trat am Mittwoch vormittag wieder zusammen. Die Plädoyers zum Fall Meyer-Behrens-Schulz wurden fortgesetzt.

Abg. Dösch (Komm.) führte aus, von Plädoyers könne man erst sprechen, wenn der Sachverhalt erschöpfend behandelt sei. Schon aus den drei Denkschriften der Minister Gehler, Dr. Kütz und Severin ergeben sich die politischen Zusammenhänge des Jahres 1923. Hier vor diesem Forum des Ausschusses wirkt der Interessentampf der Parteien hemmend auf die Ergebnisse der Untersuchung. Es handelt sich um eine Reihe von Morden in der Schwarzen Reichswehr, die in systematischem Zusammenhang standen. Die Arbeitskommandos haben sich zu Organisationen entwickelt, die eine Staatsumwälzung planten und auch vor weiteren Morden von Politikern nicht zurückschreckten. Hierzu bedurfte es großer Mittel. Der Redner geht dann auf Einzelheiten des Falles Schulz-Meyer-Behrens ein und bemerkt, die Vernehmung des Schulz über seine Beziehungen zum Zentralverband der Landarbeiter sei völlig unzureichend gewesen. Das „Komito für nationale Aufklärung“, so fährt der Redner fort, zeigt besonders deutlich die engen Beziehungen zwischen Meyer und Schulz. Eine Nebenfrage ist das Darlehen des Arbeitgeberverbandes an eine Gewerkschaft.

Es sprachen noch der Vertreter der Wirtschaftspartei, Abgeordneter Schön, sowie Abgeordneter Ross für die Deutschnationalen.

Nach ein griechisches Todesurteil. Das außerordentliche Kriegsgericht hat nach einem Führer der Aufstandsbewegung in Saloniki, Oberleutnant Belirdjis, zum Tode verurteilt.

den Erklärungen, die den Vertretern der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium gegeben wurden.

Von besonderem Reiz ist auch das, was die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände zu Artikel VIIb zu berichten weiß. Es heißt hier:

Der Artikel VIIb ist in der ihm in London zuteil gemordenen Auslegung für die Entwicklung der weiteren Arbeitszeitgesetzgebung von besonderer Wichtigkeit. Wie uns der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums mitteilte, ist die in der Anlage zu Artikel VI wiedergegebene Formulierung nach übereinstimmender Erklärung der Konferenzteilnehmer dahin zu verstehen, daß die Ausnahmerechtschriften auch auf die Fälle eines dauernden Mehrarbeitsbedarfs angewandt werden können, also nicht nur auf Fälle eines auf wirtschaftliche Konjunkturschwankungen zurückzuführenden Mehrarbeitsbedarfs. Wichtig ist jedoch, daß die Bestimmung über die Zahlung eines Lohnzuschlages von 5 Proz. zwingend ist, also auch nicht durch irgendwelche private Vereinbarungen (Tarifvertrag, Arbeitsordnung und dergleichen) im Wege der nationalen Gesetzgebung ausgeschlossen oder abgeändert werden kann.

So verfaßt der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag ist, die Auslegung zu Artikel VIIb hat auch für sie etwas Berührendes. Die Londoner Auslegung eröffnet neue Perspektiven für die Entwicklung der weiteren Arbeitszeitgesetzgebung. Durch Zulassung von Ueberstunden in unbegrenzter Zahl, die allerdings mit einem Aufschlag von 25 Proz. zu bezahlen sind, läßt sich der verhasste Achtstundentag doch noch in einen Neun- und Zehnstundentag verwandeln. Der Ueberstundenzuschlag soll nach Auffassung der Arbeitgebervereinigung auch nicht abgeändert werden können. Das steht zwar im Widerspruch zum klaren Wortlaut des Washingtoner Abkommens und der Ergebnisse der Londoner Konferenz, wonach die Ueberstunden mindestens um 25 Proz. höher zu bezahlen sind. Es hindert jedoch die Arbeitgebervereinigung nicht, aus dem Mindestzuschlag einen Höchstzuschlag zu machen.

Wenn es dem Reichsarbeitsministerium erst mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist, dann wird es von einer solchen Auslegung der Londoner Konferenzergebnisse, wie sie die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände — wir wollen annehmen unter fälschlicher Berufung auf das Reichsarbeitsministerium — mit aller Entschiedenheit ablehnen. Die sofortige Veröffentlichung des Arbeitsschutzgesetzes kann allen die hier gebotene Klarheit schaffen. Für uns handelt es sich bei der Verabschiedung dieses Gesetzes um die Schaffung der Voraussetzungen zur Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wie um die Ausfüllung seiner Lücken.

Der Sachsenstreit.

Ein Briefwechsel. — Weitere Aufschlüsse.

Die Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion des Sächsischen Landtags gibt ein Mitteilungsblatt heraus, das in seiner letzten Nummer einen vertraulichen Brief des Parteivorstandes an die Dreißig und zwei Antworten auf ihn wiedergibt. Da dieser Briefwechsel den Weg in die gegnerische Presse gefunden hat, ist es notwendig, die Beseitigung des „Borwärts“ von ihm zu unterrichten. Der Brief des Parteivorstandes vom 18. März hat folgenden Wortlaut:

Weiter Genosse!

Im Auftrage des Parteivorstandes habe ich mich an Dich persönlich zu wenden, um Dir die Notwendigkeit vor Augen zu führen, dem ungeliebten Konflikt in Sachsen nun endlich einen für die Partei, und wie ich überzeuge bin, auch für die Mitglieder der Mehrheit der Landtagsfraktion erträglichen Abschluß zu bereiten. Bei uns häufen sich die Zuschriften aus den Kreisen der Genossen, die bisher auf dem Boden standen, den Ihr 23 in Sachsen eingenommen habt. Von allen Seiten werden wir bestrahlt, dem Jämmer durch ein entscheidendes votum ein Ende zu bereiten. Dazu ist der Parteivorstand nicht in der Lage. Er hat keine diktatorische Befugnis, nach dieser Richtung hin zu wirken, und der Heidelberger Parteitag hat ihm die Richtlinien für sein Handeln vorgezeichnet. Das Motiv der Heidelberger Beschlüsse war klar und eindringlich: Beendigung des Konflikts.

Die entfesselte Schule.

Von E. H. Bethge.

Hansemann hatte eine feine Mutter. Sie hatte ihn nicht erschreckt mit der Schule, wie das manche Mütter zu tun pflegen. Sie hatte ihn auch nicht gedroht mit dem Lehrer, wie man das von unverständigen Müttern wohl noch hier und da hören kann. Nein, sie hatte ihm die Schule wie ein schönes Märchen geschildert und ihm den Lehrer so vorgestellt, als sei er ein guter Freund der Familie.

Ja, dieser Herr Bornemann war aber auch ein ganz richtiger Lehrer. Als Hansemanns Mutter wußte, daß ihr Junge zu ihm in die Gemeinschaft kommen würde, da war sie zu ihm gegangen und hatte sich mit ihm besprochen, denn sie gab ja ihr Bestes in seine Hand. Und der Herr Bornemann hatte ihr sein Lehrerherz weit aufgetan, und sie war mit hellen Augen heimgekommen.

In einem der nächsten Tage klingelte es; Herr Bornemann machte seinen Gegenbesuch. Was gutte unser Hansemann, als er hörte, das sei sein Lehrer, zu dem er jetzt in die Schule kommen sollte. Hansemann mußte seinem Lehrer alles zeigen. Wo er am Tisch saß mit Vater und Mutter. Wo er spielte in der Wohnküche. Wo er sein Bett hatte. Wo man einen Baum sehen konnte. Und wie freute sich Herr Bornemann, als er erfuhr, daß Hans noch keine Tafel und noch keinen Kratzen hatte.

„Bloß nicht uniformieren und nicht ausrüsten! Komm, wie du bist, Hansemann. Bring deine hellen Socken und dein fröhliches Lachen mit und deine Mutter, wenn du Lust hast. Sonst nichts.“

Nachher wollte die Mutter noch wissen, wie es denn mit der Osterhüte zu halten sei. Sie möchte den alten Jimt nicht mitmachen. Und Hansemann wisse auch nichts davon.

„Jehn, Frau Wasser, sein.“ hatte Bornemann gesagt und hatte geschmunzelt. „Die Bewußten müssen die alten verstaubten Formen überwinden. Ich denke, sie werden nicht die einzige vernünftige Mutter sein.“

Und der große Tag kam heran. Hansemann ging zum ersten Male in die Schule.

Daß die Mutter mit ihm ging, war ihm eine Wohltat. Die Schule war bewegt, als wenn ein Fest sie durchstutete. Am Schultore wurden sie empfangen, die Schulknechte. Große Jungen führten sie samt den Müttern in den Hofhof, der mit Grün und Blumen geschmückt war. Und dort war ja auch der Herr Bornemann. Fröhlich war er angezogen, und eine rote Nelke hatte er im Knopfloch. Und als sie sich alle hingesetzt hatten, da begann eine Musik. Und dann sangen die großen Bubben. Das klang sehr fröhlich. Und dann kam ein Kasper angezogen, der sagte: „Seid ihr alle da? Und dann mochte er einen lustigen Quatsch, daß alle lachen mußten. Auch Herr Bornemann lachte. Der Kasper meinte, er sei so vergnügt, weil wieder neue Buben in die Schule gekommen

In einem Schreiben, das ich am 22. Februar 1926 an den Genossen Wirth richtete, habe ich bereits darauf hingewiesen, daß der Streitgegenstand in der Auflösung des Landtages luminieren. Ohne Mitwirkung der Parteivorstandsmitglieder ist zwischen der Fraktionsmehrheit und den Organisationsleitungen die Vereinbarung erfolgt: Im Monat März soll der Landtag aufgelöst werden. Die von der Fraktion eingebrachten Anträge betrafen die Parteivorstand als dringende, politische Erfordernisse, auf deren Durchführung die Fraktion bestehen mußte. In dem Versuch der restlosen Durchführung, nicht nur der Einbringung der Anträge, sondern die Aufgabe der Fraktion. Der Parteivorstand hat mit steigender Sorge die Entwicklung der Landtags-Campagne verfolgt und mußte leider zu der Ueberzeugung kommen, daß die ohne seine Mitwirkung getroffene Vereinbarung, auf die Auflösung des Landtages hinzuwirken, von einer großen Reihe der Parteigenossen nicht eingehalten wurde. Der Parteivorstand ist sich wie Ihr so klar darüber, daß die Verhinderung der Auflösung durch die Mitwirkung unserer Parteigenossen eine neue Bewegung zum Ausschluß der betreffenden Genossen aus der Partei nach sich ziehen wird. Er hat in einem dringlichen Telegramm an die Bezirksleitung von Ostfriesland gefordert, daß bis zur Entscheidung der Fraktionsmehrheit über die Frage der Auflösung des Landtages jeder Ausschlußantrag zurückzustellen sei. So wie die Dinge gegenwärtig liegen, ist die Stellung des Auflösungsantrages durch die Fraktion oder einem Teil nicht mehr zu verhindern. Die Vereinbarung, die getroffen worden ist, zwingt dazu.

Wir legen deshalb den größten Wert darauf, daß bei der Abstimmung über diesen Antrag die Fraktion einheitlich und geschlossen auftritt, und wir bitten Dich persönlich, über die Folgewirkung einer anderen Handlung ganz im klaren zu sein. Niemand wird die beharrliche Zumiderhandlung gegen Organisationsbeschlüsse, die einen Ausschlußgrund darstellen, verneinen können, wenn ein Teil der Fraktion die freiwillige Vereinbarung zur Auflösung des Landtages nicht hält. Wird das Leben des Landtages durch diesen Bruch der Vereinbarung bis zum Herbst dieses Jahres verlängert, so bedeutet das, daß keiner, der daran mitgewirkt hat, seine Arbeitskraft der Partei erhalten kann. Damit würde der Partei auch für die Zukunft ein immenser Schaden zugefügt werden. Wer wie Du so lange Jahre im politischen Leben steht und der Partei mit seinem Herabfall gedient hat, kann diesen Schaden für die Partei nicht wollen. Wenn Du auch der Ueberzeugung bist, daß die Mehrheit der Fraktion im Landtag ist, so bitte ich Dich doch, denke an Ignaz Auer, der der Mehrheit des Parteitages sagte: „Ihr habt zwar Unrecht, aber Ihr seid die Mehrheit, und darum muß ich mich fügen.“

Was Auer über sich gewinnen mußte, soll auch Dir möglich sein. Ich habe Dich ausdrücklich auf Beschluß des Parteivorstandes zu bitten, nicht in einer Kollektivklärung mit den übrigen Genossen der Fraktionsmehrheit dem Parteivorstand Antwort auf dieses Schreiben zu erteilen, sondern dies, wie dieser Brief persönlich an Dich gerichtet ist, im persönlichen Handschreiben zu tun.

Sei überzeugt, daß wie aus innerem kameradschaftlichem Gefühl und Geist heraus, der Partei zu nützen, uns mit diesem Appell an Dich wenden. Bah uns nicht vergeblich damit gerechnet haben, daß Du durch Deine Antwort uns beweisen wirst: Die Partei über alles, hinter sie stelle ich das zurück, was mich persönlich drückt: Ich halte die Vereinbarung, die zwischen der Fraktionsmehrheit und den Organisationsleitungen getroffen ist.

Mit Parteigrüß Otto Wels.

Das „Mitteilungsblatt“ veröffentlicht dann zwei Antwortschreiben, ohne mitzuteilen, von wem sie verfaßt sind. Wir geben sie im Auszug wieder.

Der Verfasser des ersten Briefes führt aus: Er diene seit 33 Jahren der Partei und gedanke ihr bis zu seinem Lebensende treu zu bleiben. Aber was zurzeit in Sachsen getrieben werde, habe mit Sozialismus nichts mehr zu tun, sondern sei ein Weltstreit bolschewistischer Reichthum. Die Führer der Landesorganisation, Erz, Edel, Diebmann und ihr Verhalten bezeichnet er mit den allerhöchsten Ausdrücken und gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß auch die Beilegung der Dreißig und zwei Streit nicht beenden, die Klust nicht überbrücken werde. Ein Verstoß gegen die Parteidisziplin liege nicht vor, da nach dem Heidelberger Beschluß die Landtagsauflösung nur erfolgen dürfe, wenn politische Gründe vorlägen. Außerdem sei die Auflösung vor Ostern auch technisch gar nicht durchführbar.

Der zweite Briefschreiber sagt unter anderem: Die Dreißig und zwei hätten wohl am 25. und 26. Januar ein Angebot gemacht, den Landtag von sich aus aufzulösen, die Voraussetzungen dafür aber waren, daß die Anträge der Landesinstanzen nicht, oder, wie das im zweiten Angebot erfolgte, nicht geändert am

2. Februar im Landtag eingebracht würden. Beide Angebote seien abgelehnt worden, daher bestche auch keine Vereinbarung. Die gestellten Anträge seien restlos gar nicht durchführbar gewesen. Aber statt der geforderten 20 Millionen für Erwerbslose, Sozial- und Kleinrentner seien im Ausschluß 18% Millionen bewilligt worden. Für den Wohnungsbau waren 90 Millionen verlangt, aber nur 15 seien auszubringen gewesen. Die Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer um 30 Prozent sei als unsozial abzulehnen.

Der Briefschreiber sagt weiter: „Gewiß, ich habe mit meinem ganzen Herzblut bei der Partei gestanden. Ihr danke ich alles, ihr gab ich alles. Und wenn ich meine jahrzehntelange Arbeit heute überblicke, dann darf ich ohne Ueberhebung sagen: Ich habe in Sachsen an dem guten Organisationsapparat mit besten Kräften und bestem Erfolg mitgearbeitet. ... Bei der Verschmelzung mit der U.S.P. brachten wir eine gut funktionierende Organisation und eine innerlich gefestigte Mitgliedschaft mit.“

Die Inflation 1923 und der ungeliebte Zusammenschluß mit den Kommunisten rief uns auseinander. Die Koalitionspolitik im Reich war täglicher Angriffspunkt der Unzufriedenen und der Gegner von einst. Dauernd wurde der Parteivorstand in der unamerikanischen Weise angegriffen. Meine Aufgabe in jenen Tagen bestand fast ausschließlich darin, die Vermunft aufzurichten. Es wäre ein leichtes gewesen, damals mit den Massen zu gehen und sich ihre Gunst zu erhalten. Aber ich stand zu euch und habe euch und eure Politik vertheidigt, wo immer ich nur konnte, weil ich mich innerlich mit euch und eurer Politik verbunden fühlte. Das machte mich unpopulär.“

Auch dieser Briefschreiber äußert sich mit größter Bitterkeit und Schärfe über die in Sachsen führenden Parteigenossen und sagt dann weiter: „Aber wie dem auch sein möge. Täuscht euch nicht über den Frieden, der auf unsere Kosten in Sachsen errungen wird. Soweit ich die Verhältnisse kenne, wird und muß der Tag kommen, wo ihr an der Reihe seid, und ganz besonders du, Otto, wirst schneller als du denkst die Wirkung eines Sieges der Landesinstanzen zu spüren bekommen; denn die politischen Inflationen gewinnen, die in Sachsen die Parteiführung in der Hand haben, mühten nicht jene strapellosen politisch bedingten, eingeschworenen Gegner jeder Vermunft- und Realpolitik sein, wenn sie nicht noch dem ersten großen Erfolg über uns auch gegen euch sofort ankämpfen wollten. Wer es noch nicht weiß, der lese nur einmal die sächsische Parteipresse in dem letzten halben Jahr.“

Inzwischen sind durch den Parteivorstand Ostfriesland weitere Aufschlüsse erfolgt. Sie betreffen den Ministerpräsidenten Heide, den Innenminister Müller und den Polizeipräsidenten Kühn.

Beamte über Asmus.

Fortsetzung der Zeugenvernehmung.

Chemnitz, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Am fünften Verhandlungstag fuhr das Gericht in der Zeugenvernehmung fort. Zuerst wurde die kommissarische Aussage des Rechtsanwalts Dr. Graf-Weißig verlesen. Es ist eine Aussage, die dem Angeklagten zur Last gelegt wird. Es betrifft irgendeine Verhandlung gegen einen sozialdemokratischen Redakteur, in der Asmus als Vertreter der Anklage nicht scharf genug vorgegangen sein soll. In dieser Verhandlung hat als Zuhörer der Staatsanwalt Thieme teilgenommen, der jetzt als Zeuge vernommen wurde und zugab, daß der Vorgang sich so abgespielt habe, wie Dr. Graf und Asmus ihn schilderten.

Der nächste Zeuge, Dr. Rose aus Chemnitz, behandelte den Fall Benzmann und gab weiter der Ueberzeugung Ausdruck, daß er die später erfolgte Verurteilung nicht erwartet habe. Er habe bestimmt auf einen Freispruch für die Angeklagten gerechnet. (Er deckt also damit das Verhalten des Oberstaatsanwalts Asmus.)

Die weiteren Zeugen waren alle im Landgerichtsgebäude in Freiberg beschäftigt, also am besten in der Lage zu sagen, wie Asmus seine Arbeiten erledigt habe. Der Kriminalbeamte Jakobson war im Jahre 1922 Leiter einer Dienststelle und erklärte auf Befragen, daß Asmus seine Arbeiten stets tadellos erledigt hat. Er hat nie etwas Gegenteiliges bemerkt. Auch der Kriminalinspektor Köhler bestätigte seine Angaben und erweiterte sie dahin, daß Asmus mit Arbeiten überlastet gewesen war. Als nächster Zeuge wurde der Bureau direktor Bräutigam vernommen, der die Hauptperson im ganzen Verwaltungsapparat war. Bei ihm gingen alle Sachen aus und ein. Unregelmäßigkeiten sind ihm nie vorgekommen, und er hat stets den Eindruck gehabt, daß Asmus gleichermäßen gegen rechts und links gearbeitet hat. Auch er bestätigt, daß Asmus überarbeitet war.

seien. Da gäbe es wieder Spaß, denn die Kleinsten, das seien die Feinsten. Und Angst brauchte keiner zu haben, denn der Stock habe sich vor Angst in das Rauseloch verfrachten. Und das Rauseloch, das hätten sie zugestopft. Hansemann strahlte.

Aber dann kam etwas Gruseliges angebrummt, ein Bär, ein richtiger Bär. Was da die Büschen sich duckten und sich verstecken wollten. Aber Herr Bornemann hatte keine Angst, da brauchten sie ja wohl auch keine Angst zu haben. Ja, er lachte sogar. Der Bär erzählte ein Märchen, das er selbst erlebt hatte. Er sei auch in eine Schule gegangen, da hätten sie ihm mit einem Trichter allerlei Zeug in den Schädel hineingeträchtelt. Und davon sei ihm ganz dumm und dämlich im Kopfe geworden. Da mal einer in seinen Kopf hineinschauen wollte. Da sähe es aus wie Kraut und Rüben. Hansemann hatte Lust, und seine Mutter ließ ihn gehen. „Hu, was da der Bär drummel! Das hätte er sich wohl nicht gedacht. Und richtig, er ließ Hansemann in seinen Kopf gucken. Aber der Bub sagte: Ich kann gar nichts sehen. Aber da steckt ein Junge drunter. Das gab eine Aufregung. Da ließ Herr Bornemann die Musik spielen, und der Bär tanzte danach, und der Körper kam auch noch dazu.“

Nachher nahm Herr Bornemann jeden Jungen auf den Arm und zeigte ihn den andern und sagte: Das ist Fritz Eberts. Der heißt beinahe so wie unser erster Reichspräsident. Als unser Hansemann dran kam, da sagte der Bub laut und drucklich: Ich heiße Hans Wasser! Er gab das einen Spaß. Zum Schluß kriegte jeder einen roten Apfel geschenkt. Die Juchendmännlein waren enttäuscht. Und die Mütter mußten sehen, wie sie ihr Versprechen einlösten.

Als Hansemanns Vater nach Hause kam, da hatte er still zu halten und das große Erlebnis in allen möglichen Formen der Darstellung entgegenzunehmen. Da wurde geplaudert, dramatisch aufgeführt, gesungen, gesprungen. Aber das Schönste war doch, daß der Bär ein Junge und gar kein richtiger Bär gewesen war. Und der fröhliche Herr Bornemann! Der stand zurzeit himmelhoch über dem Vater und auch über der Mutter.

Am andern Tage aber sollte es richtig losgehen mit der Schule. Klein-Hansemanns Augen leuchteten.

Der Tod des Pflanzenzaubers.

Zu den Amerikanern, die sich einen Weltruf erobert haben, gehört Luther Burbank, der „Pflanzenzauberer von Santa Rosa“, dessen Tod im 77. Jahre gemeldet wird. Dieser König der Züchter, der wohl die selbstsamsten Kreuzungen von Pflanzen und die wertvollsten Früchte herorgebracht hat, wurde von Kindheit an zur Gärtnerei und Samenzucht hingezogen und stand erst im 24. Lebensjahr, als er seine erste große Tat vollbrachte. Er brachte die nach ihm benannte Kartoffel auf den Markt, die seitdem in den Vereinigten Staaten die Herrschaft über fast alle älteren Arten gewonnen hat. Vor dem Kriege wurden von dieser Kartoffel allein in westlichen Amerika gegen 8 Millionen Zentner angebaut. Diese erste Tat Burbanks war aber nur einer seiner kleineren Erfolge.

Seine eigentliche Laufbahn begann erst, als er 1875 nach Kalifornien überlieferte und dort die rasch berühmt gewordene Pflanzenfarm von Santa Rosa begründete. Seitdem hat er sich auf allen Gebieten der Pflanzenzucht versucht, und es gab kaum einen Bezirk, in dem er nicht hervorragendes und vollkommen Neues vollbracht. Er hat ebenso die Obstbäume und andere wegen ihrer Frucht gepflegte Gewächse wie die Blumenzucht gefördert. Fast schien es, als ob diesem Mann nichts unmöglich sei. Das Steinobst befruchtete er von seinen Steinen, den bis dahin nutzlosen Kaktus der kalifornischen Wüste befruchtete er seiner Stacheln und machte ihn dadurch zu einem sehr wertvollen Viehfutter. Mit den Formen und Farben der Blüten verfuhr er souverän, fast wie ein Maler, der die erkauflichsten Phantasien auf die Leinwand bannet. Die großartigen Leistungen der Blumenzucht, die uns in den letzten Jahrzehnten eine unübersehbare Schaar von neuen, herrlichen Blüten in unsere Gärten gebracht haben, haben hauptsächlich von seinem Schaffen ihren Ausgang genommen. Den Kaktusbäumen zwang er ihren Ertrag zu einer unerhört frühen Jahreszeit ab und mußte überhaupt viele Pflanzen in Monaten zum Blühen und Reifen zu bringen, in denen sie früher noch keine Keime gezeigt hatten. In der letzten Zeit seines Lebens gab sich der „Pflanzenzauberer“ merkwürdigen Versuchen und Ideen hin, die an Phantastische grenzen. In seinem Buch „Die Zucht der Wenschenpflanze“ entwarf er fähne Bilder von den Zukunftsmenschen, die aus überlegter Kreuzung entstehen könnten, und verlor sich in philosophische sowie religiöse Ideen, die sein Genie von einer mystischen Seite zeigten.

Mussolini'sche Gängelung. In Rom wurde das angeordnete Bauprogramm veröffentlicht, mit dessen Ausführung am 21. April begonnen werden soll. Vorgelesen sind 60 Millionen für den Bau von Volkswohnhäusern und 90 Millionen für die Umgestaltung des Stadtplanes, wie die Erweiterung des Forum Romanum, den Ausbau der Universität und eine neue moderne Galerie mit Kunstquartieren, die Freilegung des Marcellus-Theaters, des Forum Helitorium, ferner die Ausgrabung des Circus Maximus und Arbeiten an der Via Appia Antiqua.

Eine kanadische Aluminiumfabrik. Am Saguendayfluß in Kanada wird eine riesige Aluminiumfabrik neu angelegt, und es werden dort Grundlagen für eine neue Stadt geschaffen. Der Kraftverbrauch wird dreiviertel Millionen Pferdekraft betragen, die Stadt „Aluminium“ wird 50 000 Einwohner zählen. Die Unternehmung erfordert fast eine halbe Milliarde Mark, wie wir der Zeitschrift „Iron and Steel“ entnehmen. Man darf hoffen, daß die Preise für Aluminium beträchtlich niedriger sein werden als gegenwärtig. Jedenfalls verspricht man sich in Amerika eine glänzende Entwicklung der Aluminiumindustrie, was namentlich wegen des Vergleiches mit dem Eisen interessant ist.

Die Schauspielervorstellung von „Mrs. Ebenezer Ende“ im Theater in der Königsruher Straße ist auf Donnerstag, den 22. April, nachmittags 8 Uhr verschoben worden.

Ein Reichsforschungsinstitut für Wasserbau ist im Obermittel (Süd) des Balchensees angelegt worden. Das Balchenseegebiet ist für praktische Versuche größeren Stils ein ideales Forschungsgelände. Hier stehen auf engstem Raum die verschiedensten Bodenarten, die verschiedensten Geländeformationen, Flüsse und Seen mit bedeutenden Spiegelschwankungen, Wasserbauten usw. zur Verfügung.

Kutischer-Prozess wieder vertagt.

Die abenteuerliche Laufbahn von Strieter und Holzmann.

Zum heutigen zweiten Verhandlungstage des Kutischer-Prozesses war der Andrang des Publikums wieder unvermindert stark. In dem Beinhaken des Hauptangeklagten Jwan Kutischer hat sich nichts geändert. A. A. Dr. Halpern gab zunächst als Verteidiger Holzmans eine längere Darstellung über die Gründe, die seinen Mandanten seinerzeit zum Verlassen Deutschlands veranlaßt hätten.

Der Vorsitzende befragte dann Kutischer, wie er mit seinem Mitangeklagten Strieter bekannt und wie die Staatsbank in den Kauf des Hanauer Lagers hineingekommen worden sei. Kutischer schwerte, daß Strieter schon mehrere Monate mit der Staatsbank getätelt und in gutem Ruf gelanden habe. Eines Tages sei Strieter gekommen und habe ihm, Kutischer, erzählt, daß er ein großes Lager kaufen könne, und daß von einer Feuerversicherung für diesen Zweck bereits 30 000 Dollar ihm zur Verfügung gestellt worden seien. Strieter verlangte nun, daß die Staatsbank die Ausfallversicherung übernehmen solle. Kutischer habe sich bei der Feuerversicherung erkundigt und dort gehört, daß das Hanauer Lager, das Strieter an der Hand hatte, einen effektiven Wert von einer halben Million Mark besitze. Daraufhin sei Strieter zunächst einmal ein Darlehen in Höhe von 30 000 Dollar und dann ein zweites von 200 000 R. zur Verfügung gestellt worden.

Einige Tage später sei Strieter gekommen und habe Kutischer eine Anzahl Lagerhektare vorgelegt, aus denen hervorgegangen sei, daß allein der Wert des in Hanau lagernden Ertrags, wenn man die Schrotterpreise zugrunde legt, ein viel höherer gewesen sei, als man ursprünglich angenommen habe. Zur Abfindung der augenblicklichen Besitzer habe Strieter noch 2 000 Pfund Sterling verlangt. Strieter habe dafür der Staatsbank außer den üblichen Zinsen auch einen Gewinnanteil in Höhe von 8000 Pfund zugesichert.

„Ich bin daraufhin“, so erklärte Kutischer, „zur Staatsbank gegangen und habe mit Dr. Rube das Geschäft besprochen. Auch er hielt es für gut, und wir kamen überein, ein Umsetzungs-geschäft zu machen, d. h. der Reingewinn sollte an beide Parteien zu gleichen Teilen gehen. Strieter hat uns daraufhin fünf Wechsel über je 5000 Pfund und einen über 3000 Pfund gegeben, was unseren Verdienst bei der Sache bedeutete.“

Dann kam Kutischer auf die sogenannten Grobe-Wechsel zu sprechen, für deren Hingabe an die Staatsbank er folgende Darstellung gab: „Strieter kam zu mir und wollte seine Wechsel prolongiert haben. Ich hätte ihm ja eigentlich nie einen Pfennig dafür gegeben, aber aus seine dringenden Vorstellungen habe ich sie dann prolongiert, aber aus formellen Gründen auch noch Wechsel mit weiteren Unterschriften verlangt.“ Mit dem Wechsel ging Kutischer zu Dr. Rube von der Staatsbank, um ihm mitzuteilen, daß der Strieter die Prolongation seiner Wechsel wünsche. „Bei der Staatsbank sagte dann Dr. Hellwig, erst müsse einmal die alte Geschichte aus der Welt geschafft und abgerechnet werden, womit ich mich einverstanden erklärte. Die Pfundwechsel wurden von meinem Konto genommen und ich ging mit dem neuen Wechsel in die Lombardabteilung zu Blodom. Eigentlich habe ich noch mehr gegeben, als notwendig war.“

Vors. Dr. Rube soll doch gar nicht damit einverstanden gewesen sein, daß Sie die alten Pfundwechsel herausnahmen und dafür die neuen Wechsel, nämlich die Grobe-Wechsel, hineingaben. Sind Sie nicht heimlich zu Blodom gegangen und haben ihn zu diesem Umtausch bestimmt? Kutischer (erregt): Ich will Herrn Dr. Rube nichts Schlimmes nachsagen. Aber ich werde doch solche Sachen nicht machen mit einem Beamten, ohne Wissen seines Vorgesetzten. Wozu, Herr Vorsitzender, sollte ich solche Schiebung machen, wo ist hier die Logik? Hätte ich einen solchen Vorstoß gemacht, dann würde Blodom das auch nie getan haben. Ich kann versichern, daß die Sache sich so abgepielt hat.

Vors. Wukten Sie, daß Strieter 10 000 R. für Herstellung der Grobe-Wechsel gegeben hat und daß sich in diese Summe auch die Herren Bronski und Loubini geteilt haben? Kutischer: Aber keine Spur. Vors. Woher kam denn die Loubini? Kutischer: Der eine Loubini war wohl Direktor bei Strieter und dadurch fing das ganze Unfug an. Als Holzmann mit seinen Plänen kam, stellte er mir Loubini vor. Vors. Hier handelt es sich wohl hauptsächlich um Simon Loubini, der ebenso wie Bronski, im Ausland ist. Dann gibt es noch einen Boris Loubini. Kutischer: Strieter war ein solcher Optimist, daß er jedem Verbrecher traute und dadurch auch völlig ruiniert worden ist.

Hierauf wurde der Angeklagte Strieter vernommen. Er schilderte seinen Lebenslauf und bekundete, daß er in Genua den Kaufmannsberuf erlernt und mit 16 Jahren Rühhaber einer Schiffsmaklerfirma in Kairo war. Er beherrscht die türkische und arabische Sprache, in Addis Abeba habe er mit 20 Jahren ein Rohwoll-Exportgeschäft betrieben und machte weite Reisen in das Innere Afrikas, wo er mit den Eingeborenen Tauschgeschäfte tätigte. Noch heute besitzt er bei Addis Abeba 64 000 Hektar Gummiwald. Er sei auch nach Japan, China und Amerika gefahren, wo er Geschäfte gemacht habe. Vors. Es ist erstaunlich, daß ein junger Mann so große Geschäftskenntnisse besitzt, um solche Weltgeschäfte zu machen. Angel: Dort im Süden herrscht auch noch Krieg und Glauben. Dort ist die Verpflanzung der Kulturstaaten noch nicht vorgekommen. A. A. Waggdjal: Mir hat Herr Strieter von seinen Reisen nach China und Japan nichts erzählt. Vors. Kluttern Sie nicht ein bisschen, Angeklagter? Angel: Ich stehe stumm zu hoch, um zu lügen. Vors. Immerhin ist es erstaunlich, daß solche Unwissenheiten, wie Sie eines sind, mit 14 Jahren ins Ausland geht und in einem Alter, wo die anderen noch kindlich spielen, Inhaber von Schiffsmaklerfirmen ist.

Die Verhandlung mußte hier auf eine Viertelstunde unterbrochen werden, da Kutischer von einem Schwächeanfall betroffen wurde.

Es folgte die weitere Vernehmung Strieters, dann die Vernehmung Holzmanns über ihre Person.

Als der Angeklagte Kutischer einen neuen Schwächeanfall erlitt, wurde die Verhandlung auf Freitag, 9½ Uhr, vertagt.

Vortrag im Spritweber-Prozess.

Ueber das Reichsmonopolgesetz.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung durch Landgerichtsdirektor Dr. Schulz stellte die Verteidigung den Antrag, vom Monopolamt sämtliche Erfolgsberichte, die Kriminalkommissar Peters vom Jahre 1921 bis in die neueste Zeit fortlaufend monatlich eingereicht hat, einzuverleihen und zum Gegenstand der Verhandlung zu machen. Diese Berichte seien von Wichtigkeit, weil die großen Erfolge des Angeklagten Peters dem widersprechen, was ihm hier zur Last gelegt wird. A. A. Dr. Brandt erklärte als Vertreter der Nebenkläger, daß als wahr unterstellt werden könne, daß Peters eine überaus erfolgreiche Tätigkeit entwickelt habe.

Sodann gab Oberprokurator Breuß vom Hauptstaatsamt in Charlottenburg den Schöffengericht eine Einführung in die Bestimmungen des Reichsmonopolgesetzes.

Nervosität an der Börse.

Genau so wie im Winter die Freigabeangelegenheit zum guten Teil unbegründet die Börse angeregt hatte, läßt sich jetzt die Börse durch die verschiedenen Nachrichten über die Beratung des Freigabe-gesetzes negativ beeinflussen. Die Stimmung an der heutigen Börse war ausgesprochen nervös, abgesehen weder Ausland noch Provinz waren wertvoll veräußert. Die Abschlüsse bei den verschiedenen Freigabewerten betragen vorübergehend 10 Proz. Die Reichsbank des Weltmarktes blieb eindeutig. Montanaktien gaben bis 3 Proz. nach, Raffaktien bis 2 Proz., chemische und Elektrowerte teilweise bis 5 Proz. Auch andere Industrieaktien durchweg matt.

Eine Woche für die Gesundheit.

Vom 18. bis 25. April d. J. findet die Reichsgesundheitswoche statt. Die erste Veranstaltung der deutschen medizinischen und hygienischen Industrie im Ausstellungsgelände der Stadt Berlin am Kaiserdamm, die im Frühjahr 1923 in Gemeinschaft mit dem Berliner Messeamt stattfand, verursachte ein so gewaltiges Interesse der Bevölkerung, daß die in erster Linie beteiligten Kreise, Gesundheitsbehörden, Ärzte und Hygieniker, vorschlugen, die neugegründete Reichsgesundheitswoche mit der Hygienemesse und Ausstellung zusammenzusetzen. Dieser Vorschlag fand die Genehmigung des zuständigen Reichsausschusses für hygienische Volksbelehrung. Es wurde beschlossen, ein Zusammenwirken des Deutschen Reiches, der Stadtgemeinde Berlin und der Industrie durch „eine zeitlich und möglichst räumliche Zusammenlegung der Veranstaltungen in die Wege zu leiten“. Demgemäß hat das Messeamt der Stadt Berlin für diesen Zeitraum eine große Hygienemesse vorbereitet, und, ähnlich der im vorigen Jahre veranstalteten Ausstellung „Das moderne Krankenhaus“, auch in diesem Jahre eine volkstümliche Ausstellung belehrenden Charakters in den oberen Räumen des Hauses der Funkindustrie am Kaiserdamm ins Auge gefaßt. Es werden in jedem Bezirk entsprechend der Organisation des Hauptgesundheitsamtes, drei Stammvorträge gehalten: 1. Schutz dem Neugeborenen; 2. Schutz dem Kinde im Elternhaufe und in der Schule; 3. Schutz dem Berufstätigen. Für die Ausstellung sind folgende Hauptgruppen mit entsprechenden Ausschüssen vorgehoben: Fortpflanzung; Aufzucht; Arbeit; Erholung; Krüppeltum; Tuberkulose; Geschlechtskrankheiten; Alkohol und sonstige Genußmittel. Die Abteilung „Aufzucht“ ist in zwei Unterabteilungen geteilt: 1. Fürsorge für Säuglinge und Kleinkinder bis zum sechsten Lebensjahre; 2. Fürsorge für Schulkinder bis zum 14. und Schulstufenkassen bis zum 18. Lebensjahre. In den in Reihen zu 6 mal 6 Metern und einem Vorraum eingeteilten Räumen sollen nicht nur alle modernen Hilfsmittel für gesundheits-gemäße Lebensweise, Betreuung kranker, schwächerer oder anormalen Kinder demonstriert werden, sondern es werden auch praktische Vorführungen stattfinden, Ausübung der Schul-tänze, Schulfesthalten, Volkstänze, orthopädisches Turnen, Schul-spielung usw. Ferner wird, entsprechend der heute wissenschaftlich anerkannten Bedeutung einer gesunden Mundhöhle und gesunder Zähne für die allgemeine Gesundheit, eine Schulzahnklinik mit Einheitsinveniar und vollständiger Ausrüstung vorgeführt werden. Auch ein Theaterstück kommt zur Aufführung, welches die Bedeutung der Zahnhygiene veranschaulicht soll, das von Schulförnern gespielt wird.

Wasserfluten auf dem Rottbuser Damm.

Ein Hauptrohr von einer Dampfstramme getroffen.

Ein Wasserrohrbruch von gewaltigem Ausmaß setzte in der letzten Nacht einen großen Teil des Rottbuser Damms zwischen Hermannplatz und Böckstraße völlig unter Wasser. Gegen 3 Uhr morgens waren Arbeiter der Firma Siemens damit beschäftigt, mit der großen Dampfstramme Eisensträger in das Erdreich zu rammen. Plötzlich gab das Erdreich nach und im hohen Bogen schoß ein riesiger Wasserstrahl auf die Straße. Der Eisen-träger hatte das Hauptwasserrohr getroffen und das umfangreiche und starke Rohr zertrümmert. Der Rottbuser Damm war wenige Minuten später derart überschwemmt, daß das Wasser 30 bis 40 Zentimeter hoch stand. Die Feuerwehre wurde sofort alarmiert; sie war aber zunächst machtlos, da die Schieber, die ein Abstellen des Hauptrohres ermöglicht hätten, nicht aufzufinden waren. Es wurden sofort die Wasserwerke benachrichtigt, die mehrere Arbeiter mit Bauzeichnungen an die Bruchstelle entsandten. Jetzt gelang es, durch Abstellen der Hauptschieber ein weiteres Ausströmen des Wassers zu verhindern. Größerer Schaden ist dadurch erwachsen, daß sich die riesigen Wassermengen in einem wahren Sturzbach in die Baugrube der Nord-Südbahn ergossen und diese streckenweise unter Wasser legten. Wie uns mitgeteilt wird, ist das Abfließen des Wassers in die Baugrube insofern noch als glücklicher Umstand anzusprechen, als sonst vielleicht die ungeheuren Wassermengen alle Keller- und Portierräume des Rottbuser Damms überspült hätten. Durch den Rohrbruch ist eine ganze Anzahl von Häusern in Mitleidenschaft gezogen, die nun während des heutigen Tages ohne Wasser sind. An der Ausbesserung des Rohres wird bereits gearbeitet, so daß voraussichtlich die Wasserfalamität im Laufe der heutigen Nacht behoben sein wird. Selbst die Feuerwehre hat einen derartigen Rohrbruch, der beinahe eine ganze Stunde die Wasserfluten auf die Straße schleuderte, seit irdentlichen Zeiten nicht erlebt.

Ein Mord mit Ueberlegung?

Aufklärung in der Neuföllner Liebestragödie.

Zu der Tragödie in Neufölln, über die wir berichteten, erfahren wir weiter: Der Kontorist Paul Wartenberg wurde noch im Laufe der Nacht auf dem Polizeiamt Neufölln eingehend verhört. Er lebte sechs Jahre lang mit der Mutter der Beria G. in wüster Ehe und beging zu gleicher Zeit, wie er zugibt, mit dem Mädchen, als deren Vorgesetzter er galt, unzüchtige Handlungen. Das Mädchen war dieser Dinge schon lange überdrüssig. Nach dem Tode der Mutter mußte Wartenberg die Wohnung verlassen und zog nach der Schloßstraße 68 zu Charlottenburg. Das Mädchen blieb in der Richardstraße wohnen, fand Stellung in einem Gemüsegeschäft und verlobte sich mit einem jungen Manne, dem sie auch die Handlungsmasse Wartenbergs nicht verschwiegen hätte. Wartenberg war sehr erobert darüber, daß seine Vorgesetzter sich von ihm abgewandt hatte, und versuchte seit einiger Zeit wiederholt eine Aussprache und Wiedernäherung. Als er sie nicht erhielt, schrieb er dem Mädchen mehrere Drohbriefe und kündigte ihr an, daß sie alle Konsequenzen zu tragen haben werde. Das Mädchen übergab diese Briefe ihrem Vormund, der daraufhin Anzeige erstattete. Gestern Abend will Wartenberg nicht die Absicht gehabt haben, das Mädchen zu erschließen. Wie er sagt, habe er die Waffe nur mitgenommen, um ihr einen „Denkzettel“ zu erteilen. Er unterliegt aber wohl kaum einem Zweifel, daß er sie aus Eiferucht und aus Furcht vor Strafe mit Vorbedacht getötet hat.

Paul-Singer-Straße.

Die zuerst von unseren Genossen in der Bezirksversammlung Friedrichshain angeregte Umbenennung der in Berlin-Dst gelegenen Straße „Grüner Weg“ in „Paul-Singer-Straße“ ist nun endlich gesichert. Nachdem die Angelegenheit den vorgeschriebenen „Instanzenweg“ voll durchlaufen hat, ist jetzt mit Einwilligung des preussischen Staatsministeriums vom Berliner Polizeipräsidenten verfügt worden, daß der „Grüne Weg“ in „Paul-Singer-Straße“ umbenannt wird. Unser Genosse Paul Singer stand an der Spitze der kleinen Gruppe von Sozialdemokraten, die im Januar 1884 als die ersten Vertreter der Partei in das Berliner Rathaus einzogen, und er hat dann ein paar Jahrzehnte hindurch einen starken Einfluß auf die Entwicklung der Berliner Gemeindeverwaltung ausgeübt. Der Grüne Weg, die künftige Paul-Singer-Straße, liegt in dem alten Reichstagswahlkreis Berlin IV, den Genosse Singer lange Zeit vertreten hat.

Ankunft des Wiener Lehrchors. Heute vormittag kurz vor 11 Uhr traf der Wiener Lehrchor auf seiner Deutschlandreise mit dem Dresdener Schnellzug auf dem Anhalter Bahnhof ein. Der Chor wurde auf dem Bahnhof von Vertretern der österreichischen Gesandtschaft und von Vertretern österreichischer Vereine empfangen. Im Ausgange in der Maderstraße standen die Abgeordneten des Berliner Sängerbundes mit ihren Fahnen. Refektor-Kunze-Capenick, der Präsident des Berliner Sängerbundes, hielt die Begrüßungsrede. Er betonte, daß dieser Besuch der Wiener Sänger darauf hinweisen soll, daß beide Länder eine unzertrennliche Einheit bilden, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß ein Zusammenschluß

Deutschlands und Oesterreichs in nicht zu langer Zeit möglich zu machen sei. Um 1 Uhr wurden die Sänger im Reichstagsgebäude durch den Reichspräsidenten begrüßt. Abends findet bereits das Konzert in der Musikhochschule statt, und morgen begeben sich die Wiener nach Hamburg, von dort nach Bremen, Hannover, Leipzig, München und Nürnberg.

Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes.

Für eine zukünftige Erweiterung des Vieh- und Schlachthofes soll nach den Beschlüssen der Grundeigentumsdeputation, der Vieh- und Schlachthofdeputation und des Magistrats das von der Landsberger Allee, der Koedersstraße, der Boll-gangstraße und der Ringbahn begrenzte Gelände von etwa 52½ Hektar Größe schon jetzt erworben werden. Der Magistrat hält die Erweiterung für nötig, weil der Seuchenhof vom Viehhof getrennt werden muß und die Bahnanlagen verbreitert und vergrößert werden müssen, um der bei großen Viehrendungen schon jetzt sehr fühlbaren Ueberlastung des Bahnhofs „Zentralviehhof“ abzuhelfen. Der Kaufpreis für das Gelände soll 3 600 000 R. betragen. Der Magistrat ersucht die Stadtverordneten um Zustimmung.

Ihren 75. Geburtsstag begeht heute, den 14. April, die Genossin Rosa Anrid, die bis zum heutigen Tage regen Anteil am Parteileben nimmt und bei keiner Parteiarbeit in der zweiten Abteilung fehlt. Es gibt keine Veranstaltung des Kreises Mitte, in der die Genossin Anrid nicht zu finden wäre. Ihr gilt heute unser Glückwunsch.

Gesangsgemeinschaft Koberberg d'Argus. Die theoretischen Ansagen, mit denen Koberberg d'Argus das Chorkonzert vor dem Hauptauschuß des Preussischen Landtages in der Musikhochschule eröffnete, sind vielleicht für einen Teil der Hörer sehr aufschlußreich, scheinen aber doch recht geeignet, den Ernst, mit dem der Gesangsmelster arbeitet, herabzujammern. Denn was die Gemeinschaft praktisch leistet, hat eine Reifeprüfung nicht nötig, ist Musik von der Zelle, dem lebendigen Atem (wenn der ganze Chor atmet, geht es wie ein mächtiger Kraftstrom durch den Saal) bis zum Körper, gebaut aus Klang und ergriffen vom Atem. Der Chor ist gebildet aus ganz ungeschulten, aber von d'Argus intensivst entwickelten Stimmkräften. Singen ist ihm alles, er selbst ein Kraftzentrum, das Freude ausstrahlt. Fast möchte man sagen, die Arbeiter und Kinder, die den Kern des Chors bilden, müßten aufhören zu leben, wenn man ihnen den Gesang nähme. Besonders erfreuen die Sologefänge der 10jährigen und die von Wort und Gedanken freien, absoluten Gefänge, die erst durch Koberbergs neue Methode des Gemeinschaftsunterrichts möglich werden.

Beizschmied Trepplom. Veranstaltung für die erweiterten Jugendlichen. Das Jugendamt des Bezirksamts Trepplom veranstaltet in der Woche vom 11. bis 17. April 1925 für die erweiterten Jugendlichen folgende Unterhaltungsstunden: heute, Mittwoch; 14. April Jugendheim Johannisplatz, „Arbeiterbildung“, Vortrag mit Regalitäten; 14. April Jugendheim Trepplom, „Experimentaldarstellung „Das elektrische Haus“ (Überringerung Reita); 16. April Jugendheim Oberkämpfstraße, „Tom Deckerstromen und von phantastischer Dichtung“, Vortrag mit Regalitäten.

Im Kinderhaus findet wieder Unterricht in Sängerschule mit praktischen Übungen statt. Meldungen schriftlich oder mündlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstr. 97.

Der Weiterflug der „Norge“.

Amundsens Luftschiff „Norge“ ist, wie aus London gemeldet wird, um 11.40 Uhr nachts von Flughafen Pulham nach Oslo abgeföhren. Die Wetterberichte sind ausgezeichnet. Man erwartet, daß die Fahrt nach Oslo 10 bis 12 Stunden dauern wird und daß dieses Ziel inzwischen erreicht worden ist. „Astronauten“ gegenüber erklärt Amundsen, Staatsminister Cplke habe ihn beauftragt, während des Vollfluges entbehrtes Land zu annektieren.

Nach Meldungen verschiedener Berliner Morgenblätter ist mit der Möglichkeit gerechnet worden, daß das Luftschiff „Norge“ seinen Weg längs der deutschen Nordsee- und Ostsee-Küste fortsetzt und in dem pommerischen Flughafen Seddin bei Stolp eine Zwischenlandung vornimmt. Wie die Ill. hierzu von unrichtiger Seite erzählt, ist bereits vor einiger Zeit die deutsche Regierung um die Genehmigung zum Ueberfliegen deutschen Gebietes gebeten worden. Die deutsche Regierung hat, da das Luftschiff „Norge“ den Deutschland auferlegten Begriffsbestimmungen für Luftfahrzeuge entspricht, die Genehmigung für diesen Einzelfall erteilt. Sollte eine Zwischenlandung in Deutschland vorgenommen werden, so hat die deutsche Regierung um rechtzeitige Mitteilung gebeten, um die notwendigen Vorkehrungen für eine Landungshilfe ergreifen zu können. Da bisher eine derartige Mitteilung nicht ergangen ist, wird mit einer Zwischenlandung der „Norge“ in Pommern nicht gerechnet. Wie sich die ES-Korrespondenz aus Stolp i. B. melden läßt, ist durch Vermittlung des Oberpräsidiums in Stettin ferner das Kommando des Reiterregiments Nr. 5 in Stolp ersucht worden, Landungsmannschaften in Stärke von 150 Mann für alle Fälle bereit zu halten. Bisher liegen jedoch keinerlei Nachrichten über ein etwaiges Eintreffen des Luftschiffes vor.

Als zwölftes Opfer der heidenauer Explosionskatastrophe verstarb gestern im Johanniter-Krankenhaus der Arbeiter Wehner aus Ulma.

Sport.

Die „6 Tage“ am Kaiserdamm.

Heute Abend 11 Uhr Schluß.

Nur noch wenige Stunden, und die lange Reihe, die die Fahrer auf dem Dual am Kaiserdamm zurückgelegt haben, hat ihr Ende erreicht. Viel hätte nicht geteilt, so wäre dem Rennen ein vorzeitiges Ende beschieden gewesen, aus Gründen, die wir im heutigen Morgenblatt mitgeteilt haben. Ein heftiger Stürmchen, der nach der gestrigen Fehlmessung einsetzte, sorgte für lebhaftes Rampenspektakel. Im übrigen aber wurde die letzte Nacht in ruhiger Art durchfahren.

Die Zweifelhochwertung

brachte folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Binda vor Sergent, Junge und Beckman. 2. Spurt: 1. Eaton vor Gottfried, Bouc und Frederik. 3. Spurt: 1. Beckman vor Junge, Roch und Debars. 4. Spurt: 1. Longardi vor Eaton, Hürigen und Hahn. Der Mannschaft Longardi-Beherndt gelangt es, bei diesem Spurt eine Runde zurückzugewinnen! 5. Spurt: 1. Beckman vor Sergent, Junge und Lorenz. 6. Spurt: 1. Hahn vor Bouc, Frederik und Longardi. 7. Spurt: 1. Beckman vor Binda, Standaert und Roch. 8. Spurt: 1. Eaton vor Gottfried, Hahn und Hürigen. 9. Spurt: 1. Beckman vor Junge, Lorenz und Roch. 10. Spurt: 1. Bouc vor Binari, Gottfried und Riethe. Nach diesen Ergebnissen konnten sich in dieser Wertung in erster Linie die Amerikaner Beckman-Eaton auszeichnen. Gewonnen sie doch von den zehn Spurts nicht weniger als sechs.

Der Stand des Rennens ist jetzt folgender: 1. Sergent-Bouc 294 Punkte. Eine Runde zurück; 2. Beckman-Eaton 247, 3. Gottfried-Junge 222, 4. Frederik-Lorenz 118, 5. Roch-Riethe 47 Punkte. Drei Runden zurück; 6. Standaert-Hahn 111, 7. Binari-Binda 107, 8. Debars-Hürigen 84 Punkte. Drei Runden zurück; 9. Longardi-Beherndt 84 Punkte. Bis um 6 Uhr früh sind insgesamt 3306,800 Kilometer bedeckt. Die heutige letzte Stunde (145.) von 10 bis 11 Uhr bringt andauernde Spurts. Und zwar erhält der erste 25, der zweite 15, der dritte 10 und der vierte 5 Punkte angerechnet.

Konferenz der SPD.-Funktionäre.

Unsere Rüstung zum Volkentscheid.

In der gut besuchten Konferenz der SPD.-Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre am Dienstag in den Sophienkellern referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Aufhäuser über das Thema: „Die soziale Lage der Arbeiterklasse und der Volkentscheid.“ Er führte etwa folgendes aus: Die deutsche Arbeiterklasse hat zu schwere, von Rückschlägen und Niederlagen begleitete Zeiten hinter sich, um jetzt, nach Beendigung des Volksbegehrens, in einen Siegestaumel zu verfallen. Sie hat aber alle Veranlassung, das Ergebnis in seiner politischen und ökonomischen Bedeutung zu betrachten und den Ursachen dieser ungeheuren Krattentaltung nachzugehen.

Der Aufmarsch der 12 1/2 Millionen Stimmen

Was nicht nur eine Demonstration gegen Fürstentum, Fürstentum, Absolutismus und Monarchie, sondern eine aus der Notlage des Proletariats erfindende Warnung für die soziale Reaktion und die Klassenfeinde der Arbeiterklasse. Es war ein gewaltiges Bekenntnis zum Volkentscheid und zugleich eine Kampfanalyse gegen das Herrtum in Wirtschaft und Betrieb. Diese Bewegung hat aber auch gezeigt, daß die Volksmassen trotz der schweren Wirtschaftskrise noch genügend politische Aktivität verfügen und die Sozialdemokratie jederzeit auf starke Kräfte im Proletariat rechnen kann, die sie auch außerparlamentarisch der Bourgeoisie entgegenstellen kann. Wir brauchen auch für den kommenden Volkentscheid nicht schwarz zu sehen, denn die heute unterdrückten Massen sind für die Frage des Volkentscheidens zu gewinnen, wenn wir diese politische Aktion

Im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage

behandeln. Es wird vornehmlich die Aufgabe der Funktionäre sein, die Betriebe in den Mittelpunkt des politischen Handelns zu ziehen und die wirtschaftliche und soziale Lage der Arbeiterklasse als Ausgangspunkt der Propaganda zu machen.

Der Redner zeigte dann in längeren Ausführungen die mannigfachen Ursachen auf, die zu der heutigen Wirtschaftskrise geführt haben und die den Arbeitern klar gemacht werden müssen. Diese Volkswirtschaft gegen den Raubzug der Fürsten kann nicht getrennt werden von dem großen Ringen um den sozialen Aufstieg der Arbeiterklasse. Er ist auch ein Stück Klassenkampf mit dem Ziel, die immer härter werdende Sozialreaktion niederzurufen. Die bürgerliche Mehrheit des Reichstages wird nichts unversucht lassen, den Volkentscheid unwirksam zu machen.

Der Widerstand der Regierung

tritt schon jetzt bei der Einbringung des Enteignungsgesetzes klar zutage. Die Sozialdemokratie wird sich aber von ihrem zieldarrenden Wege nicht abdrängen lassen und den Volkentscheid zur Durchführung bringen. Unsere Erfahrungen mit dem Sondergericht, wie zum Beispiel mit dem Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, zwingen uns auch, das Kommando der Regierungsparteien, das die Auseinandersetzung einem Sondergericht übertragen will, abzulehnen. Wir wissen, daß der uns bevorstehende Kampf schwer sein wird und die größten Anforderungen an die Parteigenossen und Funktionäre stellen wird. Die 12 1/2 Millionen Stimmen haben aber gezeigt, daß sich

das Proletariat auf dem Vormarsch

befindet. Aufgabe der nächsten Wochen muß es sein, die Millionen von Proletariern, die noch im Banne kapitalistischen Denkens stehen, für die befreienden Ideen des Sozialismus zu gewinnen. Wenn die Funktionäre in diesem Sinne arbeiten werden, dann wird der Volkentscheid nicht nur das Ende der Fürsten-

abfindung bringen, dann werden sich auch die kapitalistischen Nachhaber klar darüber sein, daß das deutsche Proletariat zusammensteht in dem großen Ringen um eine bessere Zukunft der Menschheit.

Eine Diskussion über das beifällig aufgenommene Referat wurde nicht gewünscht. Der Versammlungsleiter, Genosse Holz, forderte die Funktionäre auf, bei der Volkentscheidbewegung noch mehr Betriebsversammlungen einzuberufen, als es beim Volksbegehren geschehen ist. Auch für die Sammelstellen muß rege Propaganda gemacht werden, denn für die Durchführung des Volkentscheidens sind bedeutend größere Geldmittel notwendig als zum Volksbegehren.

Genosse Künstler wies darauf hin, daß das Ergebnis des Volksbegehrens gezeigt habe, daß die Sozialdemokratie noch über große Reserven verfüge, die es gilt, als Mitglieder der Partei zu gewinnen.

Zum Schluß wurden noch einige interne organisatorische und Parteiangelegenheiten erörtert.

Gewerkschaftschriften als Sonntagsruhefeinde.

Sie fordern Sonntagsarbeit der Bäcker und Konditoren.

Reichstagsabgeordnete des Zentrums sind es, die dem Reichstag einen Antrag unterbreiteten, daß das Verbot der Sonntagsarbeit auf Grund § 105c der Gewerbeordnung keine Anwendung finden soll auf die Herstellung von Eis-, Creme- und Fruchteispeisen in den Konditoreien und Bäckereien. Als Unterzeichner des Antrages erscheinen die christlichen Gewerkschaftsführer Bleber, Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes und Vorstandsmittglied des Gesamtverbandes der christlichen Fabrik- und Transportarbeiter; Josef Andre, Mitglied des christlichen Holzarbeiterverbandes und Arbeiterssekretär in Stuttgart, und Wilhelm Koch, Arbeiterssekretär in Hagen i. W. und zweiter Vorsitzender des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Deutschland, neben einigen Advokaten und Führern von Handwerkervereinigungen.

Es muß die Arbeiterklasse recht merkwürdig berühren, daß in einer Zeit, wo Millionen von Arbeitern mit ihren Familien mit ihrer großen Erwerbslosenunterstützung kaum wissen, wie sie sich vor dem Verhungern schützen sollen, christliche Gewerkschaftsvertreter als Reichstagsabgeordnete nichts Besseres zu tun wissen, als den Wünschen einer sozial rückständigen Unternehmergruppe — den Konditormeistern — Rechnung zu tragen und deshalb den Aufbau von Arbeiterschutzeschranken verlangen, damit das zahlungsfähige Publikum auch an den Sonn- und gesetzlichen Feiertagen nicht lebensnotwendige Lederartikel wie Eis, Creme und Schlagschne konsumieren kann. Daher fordern sie die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in den Konditoreien und Bäckereien.

Als August Bebel, der Führer der Sozialdemokratie, vor über 30 Jahren daran erinnerte, daß die Vertreter und Anhänger des Gebots der Sonntagsheiligung trotz des fast 2000jährigen Bestehens des Christentums noch nicht ernstlich versucht haben, die Sonntagsarbeit im Handel und Gewerbe abzuschaffen, da mußte das Zentrum sich nachgedrungen zur Mitarbeit an der Einführung der Sonntagsruhe aufraffen, die dann mit allerlei Ausnahmen auch herbeigeführt wurde.

Nachdem es den Gewerkschaften nach dem Kriege gelungen ist, die im Laufe der Zeit mehr und mehr überflüssig gewordenen Ausnahmestimmungen allmählich einzuschränken und schließlich vollends zu beseitigen, bringen es ausgerechnet christliche Gewerkschaftsführer fertig, neue Ausnahmestimmungen zu beschließen und Helfersdienste zu ihrer Einführung zu leisten.

Diese „Gefälligkeit“ muß diesen christlichen Gewerkschaftsführern derart angekreidet werden, daß sie darüber mit sich ins reine kommen, ob sie es als Christen und gar als Gewerkschaftsführer verantworten können, zur Verschlechterung der Lage der Arbeiter beizutragen.

Die gesetzliche Sonntagsruhe im Bäcker- und Konditoren-gewerbe besteht seit 11 Jahren. Und jetzt, nach 11 Jahren, just in einer Zeit schwerster wirtschaftlicher Krise soll die Sonntagsarbeit und damit die sieben-tägige Arbeitswoche wieder eingeführt werden, im Interesse des kaum zahlungsfähiger Kreise und der Innungsmeister, die davon profitieren wollen.

Sollte dieser provokatorische Antrag auf die Sonntagsruhe im Reichstage eine Mehrheit finden, dann müssen die Bäcker- und Konditorengehilfen wenn sie ihren Dank dafür abzustatten haben. Noch aber ist es Zeit, derartige unchristliche Maßnahmen zu vereiteln.

Schluß der französischen Gewerkschaftskonferenz.

Paris, 14. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Tagung des Nationalkomitees des französischen Gewerkschaftsverbandes ist am Dienstag geschlossen worden. Eine vom Nationalkomitee einstimmig angenommene Entschließung stellt fest, daß die französische Arbeiterklasse nach wie vor auf die Durchführung der von ihr geforderten sozialen Reformen warte. Die Aufschub dieser Reformen habe in der Arbeiterklasse Unzufriedenheit hervorgerufen, die eine neue Verzögerung nur vertiefen werde. Die Gewerkschaften verkennen die allgemeinen Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage Frankreichs nicht, und zwar um so weniger, als sie diese Schwierigkeiten vorausgesehen und die Mittel zu deren Behebung gezeigt hätten. Auch heute noch bestehe die Stabilisierung der Währung einen Weg, um die Folgen der bisherigen Politik zu mildern und die endgültige Katastrophe zu vermeiden. Im übrigen könnten die Gewerkschaften, die keinerlei Verantwortung an der gegenwärtigen Krise zu tragen hätten, es nicht zulassen, daß die jetzige Krise als Vorwand zu einer neuerlichen Hinausschiebung der von ihr geforderten sozialen Reformen diene. Die Gewerkschaften können es nicht dulden, daß die Arbeiterklasse stets zum Sündenbock gemacht werde und fordern die schnelle Durchführung des von zahlreichen Kongressen aufgestellten Reformprogramms. Der schleppende Gang des Reformwerks bedeute einen Sieg der Geldmächte. Die Arbeiterklasse aber dürfe nicht durch Untätigkeit die Mischuld für die Verzögerung auf sich laden.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten N. O., Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Verantwortlich für Politik: Richard Gernstein; Wirtschaft: Ernst Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Freizeiten: Dr. John Schifano; Lesales und Sonstiges: Felix Kaschütz; Anzeigen: Th. Gluck; Druck: Schmidt in Berlin; Verlag: Hermanns-Berlin G. m. b. H., Berlin; Druck: Hermanns-Berlin und Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Berliner - Elektriker - Genossenschaft

Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf Fernsprecher: Norden 65 23 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Plätschberg 9631
Anstellungsstelle und Lager
Alexanderstr. 30-40 (Alexander-Passage) Tel.: Köpenickstadt 548.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

95 PL

195 Mark

295 Mark

395 Mark

Steins billige Serien-Tage

Jumper - Unterhosen 95 Pl.	Kopfscheibendeckel 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. Seidenstoff 195	1 Ebbesteck Alpaka ... 195	Gariendecke bun. gewebt 295	Cheviot- od. Profektelid 395
Dam.-Taghemd 95 Pl.	Lion 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. Kunstseide 195	1 Gewürzschrank ... 195	Rotloch 295	Waschseid. Kasak hochw. 395
Dam.-Beinkleid 95 Pl.	Wäschestoffabdruck 95 Pl.	Einsatz-Hemd 195	6 Bierbecher geschliffen 195	Schürzen 295	Morgenrock 395
Dam.-Jomp.-Schürzen 95 Pl.	Protierhandtuch 95 Pl.	Mako-Rosen 195	1 Terrine für 12 Personen 195	Kittel 295	Popelnekleid 395
Mädch.-Schürzen 95 Pl.	Handtuchstoff 95 Pl.	Hemdhosens 195	1 Kaffeekanne 1M. schneid. 195	Kleid.-Schürzen 295	Lisereithie für Damen 395
Spielbörschen 95 Pl.	Dreihandtuch 95 Pl.	Damen-Schlüpfer 195	1 Kaffee-Service 195	Hier-Schürzen 295	Beizehnag weiß, volle Größe 395
Knab.-Schürzen 95 Pl.	Geschürttücher 95 Pl.	Schlüpfer 195	1 Portemonnaies 195	Hemd hose 295	Leder-Hausstühle braun 395
Rock 95 Pl.	Rolltuch 95 Pl.	Taghemd 195	1 Kasserolle Alum. 195	Prinzebrock 295	Leder-Niedertreter 26-43 395
Kinderkleid 95 Pl.	Kongreststoff 95 Pl.	Hemd hose 195	1 Schmortopf 195	Glace-Handschuh 295	Herren-Garnituren bun. 395
Kinderkloeken 95 Pl.	Gardinenstoff 95 Pl.	Prinzebrock 195	1 Satz Milchtopf 195	Kleid 295	Strickwesten reine Wolle 395
6 Mokkalöffel Alpaka 95 Pl.	Nissen bedruckt m. Frank. 95 Pl.	Hemd blouse 195	1 Kaffeekanne Goldrand 195	Volle-Bluse 295	Farbigelberhemden 395
3 Kaffeelöffel Alpaka 95 Pl.	Kunstl. Leinen 95 Pl.	Kinderkleid 195	1 Kaffeekanne 195	Lisereithie mit Band und Blumen garn. 295	Mod. Herren - Filzhüte 395
1 Kaffee- oder Zuckerlöcher, Steing. 95 Pl.	Taschentücher f. Damen 95 Pl.	Maraschkabüle 195	1 Binkanschenel 195	Ripskissen schwarz, mit Handtuchkerel 295	Herren - Nachthemden 395
1 Schmortopf ed. Kasseroille, Zn. 95 Pl.	Taschentücher in Leinen 95 Pl.	Lisereithie mit Band garniert 195	1 Postkartenalbum Kart. 195	Binde-Kragen a. Crèpe de Chine 295	Korbtschbedeckte 395
3 Paar Tassen ed. Gold 95 Pl.	Arabias gute Qualität 95 Pl.	Moderne Binder Reine Seide 195	Schürzen Haus- u. Jungerform 195	Strümpfe f. Dam. engl. lang. reine Seide, Paar 295	Kaffeedecke kariert 395
1 Milchtopf m. Brumen 95 Pl.	Handschuhe für Damen 95 Pl.	Pullower-Weste aus Opal, m. Farb. 195	Kunstl. Garnitur gewebt, 2 St. 295	Sportwesten f. Herren, Trikot u. Futter 295	Gabardine reißwoll., 120 cm. viele Farb., Mr. 395
6 Teller f. Sch. sort., 22 cm. m. Blumendekor 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. engl. lang. 95 Pl.	Köchen-Handtuch 195	Halbstores Etamine oder gew. Tell. 295	Mako-Hemden f. Herren, dopp. Bret. 295	Retaw. Cheviot 130 cm. 395
1 Butterdose m. Blumendekor 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. engl. lang. 95 Pl.	Bettlamin 195	Madras dunkelgründig, ca. 120 cm. breit, Mr. 295	Cosy-Schuhe mit Absatz, Sohle 26-43 295	Kostüm- aus Handtuchstoff reißw., 140 cm. Mr. 395
1 Bahmservice Glas 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. engl. lang. 95 Pl.	Jacqu.-Handtuch 195	Linoleumkafeder 295	Mod. Herren - Fliz-Hüte 295	Epindis reißw., doppelt, in mod. Farb., Mr. 395
11 Toiletten-Sette 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. engl. lang. 95 Pl.	Protierhandtuch 195	Papillonschiffen 295	1 Kalleeservice 295	Wandgobelin gewebt 395
1 Besuchsstasche Leder 95 Pl.	Strümpfe f. Dam. engl. lang. 95 Pl.	Waschbecken 195	Popeline reine Woll., 100 cm. br., 127. Farbena., 295	1 Waschgeräth 295	Tischdecke Kochschleim, buntdruckt 395
1 Damen-Ring 95 Pl.	Schlüpfer f. Dam. reißw. 95 Pl.	Wäschekrepp 195	Schulcheviot 295	1 Waschbecken 295	Madras-Kunstseide 395
1 Wasserkanne 95 Pl.	Oberh. - Ersatz 95 Pl.	Ripsleinen 195	Tribol Kunstseide, 140 cm. br., extra, schwarz, Woll., 295	1 Wasserkessel 295	Bestvorleger 395
1 Radiodefektor 95 Pl.	Sportkragen 95 Pl.	Protie 195	Helvelia reine Seide, Mr. 295	1 Karton 295	Reisekoffer mit zwei Schließern 395
1 Marktkorb 95 Pl.	Sport-Servietten 95 Pl.	Retaw. Musseline 195	Kostümsstoffe 140 cm. br. in engl. Art. Mr. 295	1 Spülbürstendarnitur 295	1 Wanne 395
1 Handspiegel oval, weiß, gerahmt 95 Pl.	Selbstbind. 95 Pl.	Voll-Volle Schweizer Woll., bedruckt, Mr. 195	Bettlaken aus kräft. Leinen, volle Größe 295	1 Kuchenteller - 6 kleine 295	1 Kalleeservice 395
Waschmusselne neue Must. 95 Pl.	Herr. - Sport-Gürtl. Led. 95 Pl.	Halbstores Reine m. Eins. 195	Voll-Volle Schweizer Woll., bedruckt, Mr. 195		
Zephir gestreift, Mr. 95 Pl.	Maitros. - Garnitur 5 x 5 cm. 95 Pl.	Bestvorleger 195			
Protie 95 Pl.	Klappspitz Comp. 5-7 95 Pl.	Tischdecke 195			
Volle 95 Pl.	Hemdenpass. 95 Pl.	Linol. - Läufer breit, Mr. 195			
Ripsleinen 95 Pl.	Kunstseid. Handm. 95 Pl.	1 Wandschrank 195			
Klusenstreifen 95 Pl.	Maschinen-Garn 95 Pl.	3 Schrankplatten 195			
Schollen 95 Pl.	Mittendecke 95 Pl.	1 Holzklappstuhl 195			

Wilhelm Stein

Berlin N, Chausseestr. 70-71

Angewandte Artikel sind nur einige Beispiele, die wir an diesen billigen Serien-Tagen bringen